



Niederschrift 25.öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.12.2016
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:55 Uhr
Ort, Raum:	Kita "Wurzelwerk", Zum Kahleberg 23 A, 14478 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Kati Biesecke	DIE LINKE	
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	Sitzungsleitung
Frau Julia Laabs	DIE aNDERE	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Lothar Wilhelm Wellmann	CDU/ANW
------------------------------	---------

sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow	SPD
Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE
Herr Karsten Oqueka	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat
Frau Monique Tinney	DIE aNDERE

Beigeordneter

Herr Mike Schubert	Geschäftsbereich 3
--------------------	--------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Imke Eisenblätter	SPD	entschuldigt
------------------------	-----	--------------

Ausschussmitglieder

Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	entschuldigt
------------------------	---------	--------------

zusätzliches Mitglied

Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
-------------------	-------------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	nicht entschuldigt
Frau Nicole Einbeck	Beirat für Menschen mit Behinderung	entschuldigt

Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	entschuldigt
Herr Axel Mertens	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Barbara Müller	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Bertram Otto	SPD	entschuldigt

Gäste:

Herr Frank Thomann	FB Soziales und Gesundheit
Herr Gregor Jekel	Bereich Wohnen
Herr Erik Wolfram	Bereich Stadtentwicklung
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.11.2016/ Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 2 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 3 Bestätigung der Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2017
- 4 Wiedervorlagen
- 4.1 Katastrophenschutzplan Potsdam für den Forschungsreaktor Berlin-Wannsee
(BER II) ändern!
Vorlage: 16/SVV/0533
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 12: Gutachten gegen den Weiterbetrieb des Atomreaktors in Wannsee
Vorlage: 16/SVV/0688
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 6: Tierheimneubau in Potsdam fördern
Vorlage: 16/SVV/0681
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 14: Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler: Fahrtkosten
Vorlage: 16/SVV/0690
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 15: Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung
Vorlage: 16/SVV/0691
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

- 4.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 18: Biosphäre erhalten: Kiez-/Freibad, Eventraum, Schule
Vorlage: 16/SVV/0694
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell)
Vorlage: 16/SVV/0728

- 6 Haushaltssatzung 2017
- 6.1 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2014 und Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: 16/SVV/0799
- 6.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 16/SVV/0801
- 6.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2017
Vorlage: 16/SVV/0798
- 6.4 Zukunftsprogramm 2020
Vorlage: 16/SVV/0797

- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Informationen der Verwaltung
- 7.2 Themenplanung 2017

- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Birgit Eifler

In der Zeit von 18:00 Uhr bis ca. 18:20 Uhr erfolgt ein Rundgang durch das Haus.

Frau Eifler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

**zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.11.2016/ Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Frau Eifler weist darauf hin, dass die Niederschrift vom 15.11.2016 noch nicht vorliegt und somit erst in der Sitzung am 17.01.2017 zur Abstimmung gestellt werden kann.

Auf Nachfrage von Frau Schulze teilt Frau Eifler mit, dass die Drucksachen zu den Tagesordnungspunkten 6.1 bis 6.4 heute lediglich eingebracht werden. Die inhaltliche Befassung erfolgt dann in der Januar-Sitzung 2017 des GSI-Ausschusses.

Sie stellt die vorliegende Tagesordnung zur Abstimmung.

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

zu 2 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Frau Wallraf teilt mit, dass sich der **Migrantenbeirat** nach wie vor bemüht, die Migranten und Migrantinnen zu integrieren. Dazu gab unterschiedliche Aktivitäten in verschiedenen Bereichen. Der Migrantenbeirat hat sich bemüht, Veranstaltungen zu organisieren, die leider nicht in dem Maße besucht wurden, wie man es sich erhofft hat.

Zusammen mit dem Bürgerhaus „Sternzeichen“ wurde versucht, zu verschiedenen Veranstaltungen auch die Migranten und Migrantinnen einzubeziehen, die bereits in eigenen Wohnungen leben. Dies ist bisher nicht gelungen.

Frau Schulze ergänzt, dass es eine Abstimmung zwischen dem Bürgerhaus „Sternzeichen“ und der Gemeinschaftsunterkunft in der Grotrianstr. 13 gibt, um die Zusammenarbeit wieder so zu gestalten, wie vor dem Wechsel der Sozialarbeiter. Mit Wechsel gab es einen zeitweiligen Abbruch der Zusammenarbeit.

Herr Puschmann berichtet über die Aktivitäten des **Seniorenbeirates** und betont dabei, dass der Seniorenbeirat trotz schlechter Voraussetzungen sehr viele Arbeiten vollbracht hat. U.a. wurde der Seniorenbeirat von Opole vor Ort besucht. Am 23.11.2016 wurde eine Infoveranstaltung zur Vorbereitung der 24. Brandenburgischen Seniorenwoche durchgeführt.

Die AG Wohnen hat zwischenzeitlich getagt. Ein Vertreter der AG Wohnen wurde in die Wohnungstauschzentrale entsandt. Die AG Soziales hat bereits zweimal getagt. Des Weiteren wurden im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam Besuche der Jubilare durchgeführt.

Herr Puschmann macht deutlich, dass die Mitglieder des Seniorenbeirates verärgert darüber sind, dass die Stelle des Seniorenbüros nach wie vor nicht besetzt ist.

Durch die Verwaltung wurde dem Seniorenbeirat eine Bürokräft für das Seniorenbüro über einen dauerhaften Honorarvertrag in Aussicht gestellt. Über die Modalitäten gab es keine Informationen. Auf Nachfrage gab es die Information, dass eine Ausschreibung erfolgen muss. Herr Puschmann weist darauf hin, dass das Seniorenbüro jetzt seit 7 Monaten ohne Unterstützung durch die Verwaltung arbeitet.

Er betont, dass alle Seniorinnen und Senioren im Beirat ehrenamtlich tätig sind

und betont, dass der Seniorenbeirat ab dem 01.01.2017 nicht mehr bereit ist, die Arbeit in dem bisherigen Umfang zu leisten, da eine Wertschätzung nicht erkennbar ist.

Herr Schubert weist darauf hin, dass für die Besetzung der Stelle im Seniorenbüro eine Ausschreibung erfolgt ist, in deren Ergebnis keine geeignete Bürokräft gefunden wurde.

Er betont, dass die Verwaltung im Rahmen der Möglichkeiten unterstützend tätig geworden ist. Was bisher nicht geglückt ist, ist die Besetzung Bürostelle.

Herr Thomann weist die Behauptung zurück, dass es keine Unterstützung gab. Er hat seine Sekretärin für die Verwaltungsarbeit zur Verfügung gestellt. Auch Frau Kitzmann war unterstützend tätig. Gemeinsam mit dem Seniorenbeirat wird eine Mitarbeiterin für das Seniorenbüro ausgesucht. Der Honorarvertrag wird durch die LHP abgeschlossen.

Herr Schubert bietet Herrn Puschmann einen Gesprächstermin zwischen den Feiertagen an.

Frau Schulze weist darauf hin, dass die Stelle im Seniorenbüro schon seit vielen Jahren nur befristet besetzt wurde. Sie bittet um Informationen, wie sich der Honorarvertrag z.B. in Bezug auf das Stundenvolumen gestaltet.

Sie bittet, dass Gesprächsangebot zu nutzen, um im Januar eine Lösung präsentieren zu können.

Frau Basekow bittet den Seniorenbeirat, die Arbeit noch zum 31.01.2017 weiterzuführen, da Seniorenbeiräte eine wichtige Funktion haben. Wenn die Arbeit einmal eingestellt ist, wird es schwierig etwas Neues aufzubauen. Sie kann sich nicht vorstellen, dass in der Kürze der Zeit bis zum 31.12.2016 Ergebnisse vorgelegt werden können.

Frau Laabs erkundigt sich nach dem Stundenvolumen für die Bürokräft im Behindertenbüro.

Herr Schubert erklärt, dass die Bürostelle ein Stundenvolumen von 10 Stunden pro Woche hat. Es gibt aber bereits Signale, dass dies nicht ausreichend sei.

Frau Laabs würde sehr befürworten, wenn die beiden Beiräte eingeladen werden, um eine Lösung zu finden.

Herr Schubert erinnert daran, dass es auch bereits den Vorschlag gab, für beide Büros eine Stelle einzurichten. Dies war von den Beiräten nicht gewünscht.

zu 3 Bestätigung der Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2017

Die Liste der Förderprojekte 2017 haben alle Ausschussmitglieder zusammen mit den Sitzungsunterlagen erhalten.

Herr Thomann teilt mit, dass von den eingegangenen Anträgen drei Anträge durch die Auswahlkommission nicht zur Förderung empfohlen wurden. Hierbei handelt es sich um die Anträge

- Lfd. Nr. 45, Akademie 2. Lebenshälfte – Ehrenamt Drewitz,
- Lfd. Nr. 46, AWO – Gemeinsames Kochen mit Familien und
- Lfd. Nr. 47, Hartz IV – Beratungsangebot zu SGB II.

Des Weiteren wird die Förderung der Beratungsstelle der Zentralen Wohlfahrtsstelle für jüdische Zuwanderer (ZWST) kritisch gesehen. Letztlich wurde aber für 2017 die Förderung empfohlen. Für das Jahr 2018 wird die Förderung geprüft.

Die Auswahljury hat sich für eine höhere Förderung der Demenz-Projekte ausgesprochen.

Sollte eine Zustimmung zur Projektförderung erfolgen, werden die Bescheide für das 1. Quartal 2017 ausgereicht.

Frau Basekow nimmt Bezug auf das Projekt „Gemeinsames Kochen mit Familien“ (Ifd. Nr. 46) und erklärt, dass im Eltern-Kind-Zentrum Müttern beigebracht wird, gesundes Essen für ihre Kinder zu kochen.

Im letzten Jahr wurde die Förderung des Projektes mit dem Verweis auf die Spirelli-Bande abgelehnt.

Sie spricht ihren Unmut darüber aus, da dies viele Familien betrifft, die davon partizipieren. Der Antrag wird im nächsten Jahr erneut gestellt.

Frau Herzel verweist auf die Ifd. Nr. 30 – Kontakt- und Beratungsstelle der Volkssolidarität und erklärt, dass sich die Erhöhung der beantragten Fördersumme aus der zusätzlichen Arbeitskraft ergibt, die eingestellt werden konnte. Damit konnte die Arbeit wesentlich qualifiziert werden. Um dies beizubehalten, wurde eine höhere Förderung beantragt. Da dem so nicht zugestimmt wurde, bedeutet das ein Zurückfahren des Leistungsangebotes.

Frau Tinney bedauert, dass das Protokoll über die Jurysitzung nicht den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben wurde. Sie weist darauf hin, dass es zur Position 30 eine Auseinandersetzung in der Jury gab.

Die Anregungen zur ZWST wurden im vergangenen Jahr wortgleich gegeben. Die Prüfung hat nicht stattgefunden.

Herr Thomann macht deutlich, dass die Landeshauptstadt Potsdam in Bezug auf die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel eingeschränkt ist. Derzeit erfolgt die Beratung zur Haushaltsplanung für 2017. Sobald Mittel gefunden werden, werden diese auch zur Verfügung gestellt.

Die Prüfung der ZWST wurde zugesagt und ist aufgrund anderer wichtiger Themen aus dem Blick geraten. Dies wird nachgeholt.

Frau Schulze sind beim Lesen der Unterlagen einige Punkte aufgefallen. So hat z.B. die Ifd. Nr. 3, SEKIZ weniger Punkte in der Bewertung, bekommt aber eine Erhöhung der Fördersumme.

Die Ifd. Nr. 4, Soziale Stadt – Präventives Antischulen- und Insolvenztraining ist kein neues Projekt, sondern die Fortsetzung eines bestehenden Projektes.

Das Projekt des Klinikums Ernst von Bergmann (Ifd. Nr. 29) wird zusätzlich mit Mitteln des Landes gefördert.

Frau Schulze stellt folgenden **Antrag**:

Das Projekt Soziale Beratung jüdischer Zuwanderer der ZWST (Ifd. Nr. 20) wird evaluiert. Bis zum Vorliegen des Evaluationsberichtes ist die Fördersumme zu halbieren. Aus dem Projekt des Klinikums Ernst von Bergmann (Ifd. Nr. 29) sind Mittel für das Projekt Gemeinsames Kochen mit Familien (Ifd. Nr. 46) zur Verfügung zu stellen.

Frau Biesecke findet es bedauerlich, dass das Protokoll nicht ausgereicht wurde. Sie findet die Beratung dadurch schwierig.

Herr Thomann erklärt, dass ein Protokoll gefertigt wurde, das auch ausgereicht werden kann. Er bittet, die Entscheidung über die Projektförderung nicht zu vertagen, damit die Projekte beginnen können. Er bietet an, Abschläge zu zahlen. Herr Thomann sagt zu, sich die Förderung des Projektes des Klinikums Ernst von Bergmann persönlich anzusehen.

Frau Dr. Wegewitz erklärt, dass sie an der Sitzung der Jury nicht teilnehmen konnte und deshalb einen gesonderten Termin dazu wahrgenommen hat. Darüber gab es kein Protokoll.

Sie merkt an, dass das Gremium bei Kürzungen auch Anmerkungen macht, warum die Kürzung erfolgt ist. Es sollte mehr Informationen geben, warum welche Bewertung wie gegeben wurde. Wünschenswert wäre auch, dass die Jury frühzeitiger bei der Bewertung der Anträge einbezogen wäre.

Herr Wellmann möchte nicht aufgrund des fehlenden Protokolls auf die Beschlussfassung verzichten. Bei den strittigen Punkten sollte eine Prüfung und ggf. Abschlagzahlung erfolgen.

Herr Schubert schlägt vor, über die konkreten Anträge von Frau Schulze abzustimmen. Zu den Prüfungen sollte in der Januar-Sitzung 2017 eine Berichterstattung erfolgen.

Er bittet die Ausschussmitglieder, zukünftig sofort nach Feststellung, dass Unterlagen für die Sitzung gewünscht oder benötigt werden, die nicht ausgereicht sind, diese bei Frau Spyra abzufragen.

Frau Laabs fragt mit Bezug auf die lfd. Nr. 29, warum sich die Stadt selbst Geld zahlt, wenn es um ein Projekt des Klinikums Ernst von Bergmann geht.

Herr Schubert erklärt, dass es sich um eine Tochtergesellschaft handelt, die das Antragsrecht auf eine Förderung hat. Das Projekt wurde als förderfähig angesehen.

Frau Basekow hat den Eindruck, dass die Mitglieder der Jury unabhängig von den Projekten sind. Der Vorschlag der Jury wurde im GSI-Ausschuss immer akzeptiert. Sie bittet festzuhalten, dass es keine Befangenheiten bei Mitgliedern der Jury gab.

Herr Schubert weist darauf hin, dass heute in der Ausschusssitzung durch Mitglieder des GSI-Ausschusses für „ihr“ Projekt geworben wurde. Es gibt auch Projekte, deren Vertreter nicht anwesend sind.

Frau Basekow betont, dass dann dies so für die Zukunft verabredet werden muss.

Frau Schulze stellt ihren Antrag zurück unter dem Vorbehalt, dass in der Januarsitzung 2017 des GSI-Ausschusses ein Zwischenbericht gegeben wird. Sie stellt folgenden Antrag zur Geschäftsordnung: Ende der Debatte

Frau Eifler bittet um Abstimmung über dem Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 1

Herr Thomann sagt zu, dass mit Ausnahme der Projekte der ZWST (Ifd. Nr. 20) und des Klinikums Ernst von Bergmann (Ifd. Nr. 29) alle bestätigten Fördermittel ausgereicht werden. Bis zur Januar-Sitzung wird die Erhöhung der Fördermittel für die Demenz-Projekte geprüft.

Eine vertiefte Prüfung entsprechend dem Antrag von Frau Schulze kann bis März 2017 erfolgen.

Er bittet die Ausschussmitglieder zukünftig rechtzeitig zu signalisieren, wenn mit Beratungsergebnissen unzufrieden sind.

Frau Eifler bittet um Abstimmung über die Liste der Förderprojekte 2017 mit den genannten Einschränkungen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 4 Wiedervorlagen

zu 4.1 Katastrophenschutzplan Potsdam für den Forschungsreaktor Berlin-Wannsee (BER II) ändern!

Vorlage: 16/SVV/0533

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Schubert weist darauf hin, dass in der neuen Fassung die Veröffentlichung des Katastrophenschutzplanes der Landeshauptstadt Potsdam gefordert wird. Die interne Aufstellung der Landeshauptstadt Potsdam zur Katastrophenabwehr kann aus Daten- und Geheimnisschutzgründen nicht veröffentlicht werden.

Der Antrag enthält zwei Punkte, die sinnvoll diskutiert werden können. Dabei handelt es sich um die Frage der Alarmierung und Information der Bevölkerung. Dies kann als Auftrag erteilt werden. Es muss auch geprüft werden, ob dies so offengelegt werden kann.

Anschließend geht Herr Schubert auf den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE ein und macht deutlich, dass dies so nicht umgesetzt werden kann.

Frau Basekow betont, dass die Angst der Bevölkerung darin besteht, dass der Reaktor nicht im Jahr 2019 abgestellt wird. Es gibt auch die Sorge, ob der Bevölkerungsschutz ausreichend ist.

Herr Schubert weist darauf hin, dass es einen Katastrophenschutzplan gibt. Des Weiteren gibt es einen Notfallplan. Es gibt auch Bestrebungen, dafür zu werben, dass der Reaktor eher abgeschaltet wird. Derzeit wird auch geprüft, wie die Potsdamer Kitas besser informiert werden können.

Frau Schulze hat Informationen, dass die Beauftragung für die Erstellung eines Gutachtens ausgeschrieben werden muss und somit der Reaktor bereits abgestellt sein könnte, wenn das Gutachten vorliegt.

Dem stimmt Herr Schubert zu. Er weist auch darauf hin, dass die Landeshauptstadt Potsdam hier keinen territorialen Zugriff hat. Wichtig ist die Information der Bevölkerung.

Frau Eifler stellt zunächst den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE zur Abstimmung.

Ergänzungsantrag:

Die Neufassung des Antrages 16/SVV/0533 vom 21.11.2016 soll im Punkt 2 wie folgt ergänzt werden (*kursiv*):

2. zu gewährleisten, dass im Katastrophenschutzplan der LH Potsdam konkret festgelegt ist, welche Einsatzkräfte für die vorzunehmenden Maßnahmen *zuständig sind, welche Aufgaben ihnen zugewiesen sind und bis wann welche Maßnahme durchzuführen ist*, insbesondere im Hinblick auf:

- *die Ausreichung von Schutzkleidung und Dosimeter für die Einsatzkräfte,*
- *die Evakuierung der Bevölkerung im festgelegten Umkreis des BER II und deren Unterbringung sowie Betreuung,*
- *die Einrichtung von Dekontaminierungsstellen in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen,*
- *gegebenenfalls notwendige Löscharbeiten am und um den BER II,*
- *die polizeiliche Absperrung und Sicherung des Evakuierungsbereiches,*
- *die Ausgabe von Jodtabletten im 4km-Umkreis an die unter 45jährigen,*
- *die Joditprophylaxe für Kinder, Jugendliche und Schwangere im 20km-Umkreis sowie*
- *die Verteilung von Jodtabletten an die bis zu 22 Ausgabestellen im Stadtgebiet, damit ein wirksamer Schutz der Bevölkerung und der Einsatzkräfte erfolgen kann.*

Dabei sind die Erkenntnisse aus der Bund-Länder-Kommunikationsübung vom 17. September 2013 zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 1

Anschließend stellt sie den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Fassung vom 21.11.2016 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. zu prüfen, ob der Katastrophenschutzplan Potsdams dahingehend geändert werden sollte, dass für den Fall eines GAU am Forschungsreaktor BER II des Helmholtz-Zentrums Wannsee der Radius des Evakuierungsgebiets auf 8 km statt der bisher festgelegten 2,5 km erweitert wird;

2. zu gewährleisten, dass im Katastrophenschutzplan der LH Potsdam konkret festgelegt ist, welche Einsatzkräfte für die vorzunehmenden Maßnahmen zuständig und welche Aufgaben ihnen zugewiesen sind, insbesondere in Hinblick auf die Evakuierung der Bevölkerung im festgelegten Umkreis des BER II und deren Unterbringung, die Einrichtung von Dekontaminierungsstellen in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen, gegebenenfalls notwendige Löscharbeiten am und um den BER II sowie die Ausgabe von Jodtabletten im 4-km Umkreis - dabei sind die Erkenntnisse aus der Bund-Länder-Kommunikationsübung vom 17. September 2013 zu berücksichtigen;

3. den jeweils aktuellen Katastrophenschutzplan der LH Potsdam (mindestens) auf den Internetseiten der Landeshauptstadt zu veröffentlichen;

4. in einem juristischen Gutachten prüfen zu lassen, wie die LH Potsdam künftig an Entscheidungen über Betriebsgenehmigungen für Forschungsreaktoren und

Zwischenlagern für radioaktive Abfälle bzw. für den Rückbau des BER II mitwirken und so die Interessen der Potsdamerinnen und Potsdamer vertreten kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 0

zu 4.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 12: Gutachten gegen den Weiterbetrieb des Atomreaktors in Wannsee

Vorlage: 16/SVV/0688

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Eifler stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt, mit einem Gutachten prüfen zu lassen, welche tatsächlichen, grenzübergreifenden und juristischen Einflussmöglichkeiten bestehen, um der Verantwortung zum Schutz der Potsdamer Bevölkerung im Falle einer Störung des auf Berliner Stadtgebiet stehenden Atomreaktors in Wannsee (BER II) nebst Sammelstelle für radioaktive Abfälle gerecht zu werden.

Darüber hinaus ist das Ziel zu verfolgen, eine sofortige Abschaltung des Reaktors einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 2

zu 4.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 6: Tierheimneubau in Potsdam fördern

Vorlage: 16/SVV/0681

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Thomann weist darauf hin, dass die Erteilung der Baugenehmigung die wichtigste Voraussetzung für die Gewährung des Baukostenzuschusses an den TSV ist. Der TSV ist gefordert, einen schlüssigen Finanzplan einschließlich Finanzierungszusagen beizufügen.

Sobald alle Unterlagen für die Erteilung eines Zuwendungsbescheides für einen Baukostenzuschuss vorliegen, wird der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zur Entscheidung über die Vergabe der Spendenmittel in Form einer Zuwendung in der entsprechenden Höhe vorgelegt.

Herr Schubert ergänzt, dass es derzeit gute Gespräche mit dem TSV gibt. Ohne die erteilte Baugenehmigung können die Mittel nicht ausgereicht werden.

Herr Wellmann weist darauf hin, dass der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist und abgelehnt werden kann.

Frau Schulze macht deutlich, dass den Ausführungen von Herrn Schubert und Herrn Thomann zu entnehmen war, dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Deshalb schlägt sie schlägt vor, den Antrag erneut zu vertagen.

Frau Eifler stellt die Vertagung der Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 0

zu 4.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 14: Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler: Fahrtkosten

Vorlage: 16/SVV/0690

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Thomann macht deutlich, dass das ehrenamtliche Engagement in der Landeshauptstadt Potsdam sehr hoch eingeschätzt wird. Für die Übernahme der Fahrtkosten ist ein Härtefallfonds in Höhe von 10.000 Euro aufgelegt. Eine grundsätzliche Übernahme der Fahrtkosten für alle Ehrenamtler/innen ist finanziell nicht möglich ist.

Frau Schulze schlägt vor, dies als Prüfauftrag abzustimmen. Sie fragt, ob der Prüfauftrag mit einem Termin versehen werden sollte und schlägt vor, dass der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2017 eine Information gegeben wird.

Herr Wellmann erklärt, dass er den vorliegenden Antrag ablehnen wird.

Frau Eifler stellt den Antrag als Prüfauftrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt als Prüfauftrag zu beschließen:

Übernahme der Fahrtkosten für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus wird bspw. in der kälteren Jahreszeit allen Potsdamer Vereinen eine bestimmte Anzahl an Freifahrtkarten zur Weitergabe an Trainer, Seelsorger oder andere Ehrenamtler zur Verfügung gestellt.

Daneben geht die Landeshauptstadt Potsdam auf weitere Potsdamer Einrichtungen zu, mit dem Ziel, Ermäßigungen bei Eintrittsgeldern für Ehrenamtler anzubieten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 2

zu 4.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 15: Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung

Vorlage: 16/SVV/0691

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Schubert bittet um Zurückstellung des vorliegenden Antrages bis zur Januarsitzung 2017 des GSI-Ausschusses. Der Antrag wurde auch im Jugendhilfeausschuss behandelt. Dort wurde verabredet, dass sich die Fachbereiche „Kinder, Jugend und Familie“, „Gesundheit und Soziales“ und „Bildung und Sport“ bezüglich der Federführung verständigen und einen gemeinsamen Lösungsvorschlag erarbeiten.

Frau Eifler stellt die Zurückstellung des Antrages zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

**zu 4.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 18: Biosphäre erhalten: Kiez-/Freibad, Eventraum, Schule
Vorlage: 16/SVV/0694**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Schulze erklärt, dass der Antrag im Ausschuss für Bildung und Sport einstimmig als Prüfauftrag bestätigt wurde.

Herr Wellmann betont, dass er dies so mittragen könne.

Frau Eifler stellt den Antrag als Prüfauftrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt als Prüfauftrag zu beschließen:

Die Biosphäre ist zu erhalten und eine weitere Nutzung bzw. Umgestaltung zu einem Kiezbad, Eventraum oder einer Schule zu ermöglichen.

Dem hohen Nutzungsinteresse der Potsdamer für das Gebäude ist Rechnung zu tragen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 5.1 Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell)
Vorlage: 16/SVV/0728**

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) stellt die Richtlinie anhand einer Präsentation vor und gibt Erläuterungen dazu.

Herr Jekel (Bereich Wohnen) erklärt die Grundlagen für die Mietpreis- und Belegungsbindungen. Er macht dabei deutlich, dass sich die Quote für die Bindungen an den Bedarfen zugangsberechtigter Einkommensgruppen orientiert. Herr Jekel erklärt, dass jährlich 100 Wohnungen durch die Pro Potsdam GmbH mit Belegungsbindung entstehen und weitere 100 durch die Richtlinie.

Er informiert, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr die

vorliegende Drucksache mehrheitlich zum Beschluss empfohlen hat. Er sagt zu, die Präsentation als Anlage zum Protokoll auszureichen.

Herr Wellmann fragt, ob es bereits Erfahrungen in anderen Städten gibt.

Herr Wolfram erklärt, dass es in München Erfahrungen gibt.

Herr Schubert macht deutlich, dass es sich hierbei um eine auf Potsdam zugeschnittene Lösung handelt. Dies ist ein guter Weg, ein Stück Gerechtigkeit hinzubekommen.

Frau Basekow bittet um Ausreichung der Präsentation. Sie hat dem Vortag entnommen, dass jährlich 200 Wohnungen mit Bindung gebaut werden oder eine Ablöse zu zahlen ist.

Herr Wolfram erklärt, dass dies ein gesamtstädtisches Ziel ist.

Frau Basekow fragt, ob dies lediglich ein Vorschlag ist oder ob in den nächsten Jahren die Umsetzung beginnt.

Herr Wolfram betont, dass dazu ein Beschluss gefasst werden soll. Der dann für alle neu aufgelegten Bebauungs-Pläne gilt, aber nicht für die B-Pläne, die bereits in Bearbeitung sind.

Frau Schulze fragt, ob die Abschlagzahlungen ausschließlich in den Fonds für mittelbare Bindungen erfolgen.

Das wird so durch Herrn Wolfram bestätigt.

Frau Tinney fragt, ob es bereits eine Zeitschiene für die Evaluierung gibt.

Herr Wolfram erklärt, dass hierfür ein Zeitraum von 5 Jahren angedacht ist. Nach 2 Jahren kann ein dazu Zwischenstand ermittelt werden.

Frau Tinney fragt, ob die Abschlagszahlungen nur für die Bindung von neuen oder auch für bestehende Wohnungen erfolgen.

Herr Wolfram teilt mit, dass dies auch für bestehende Wohnungen gilt.

Frau Eifler stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die „Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam“ (kurz: Potsdamer Baulandmodell) (Anlage 2) ist als Fortschreibung der bisher geltenden „Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung“ im Rahmen der Bauleitplanung anzuwenden.
Beschlussvorlagen zur Einleitung von städtebaulichen Planungen gemäß 2.1 des Potsdamer Baulandmodells, die Wohnungsbau ermöglichen, sind der Stadtverordnetenversammlung nur dann zuzuleiten, wenn die von der künftigen Planung begünstigten Eigentümer bzw. Vorhabenträger eine Zustimmung gemäß Anlage A der Richtlinie vorgelegt haben.

2. Das Potsdamer Baulandmodell findet ab dem Zeitpunkt seiner Beschlussfassung für alle bereits laufenden Bebauungsplanverfahren Anwendung, bei denen die Beschlussvorlage zur 1. öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB noch nicht in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht worden ist. In den anderen Fällen gilt die bisherige „Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung“ weiter.
Analog findet das Potsdamer Baulandmodell ab dem Zeitpunkt seiner Beschlussfassung Anwendung für Bebauungspläne, die im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB oder im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB aufgestellt werden, wenn nach deren Beschlussfassung die Öffentlichkeitsbeteiligung noch nicht begonnen wurde. In den anderen Fällen gilt sonst analog die bisherige „Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung“ weiter.
3. Die Annahmen des Potsdamer Baulandmodells sind regelmäßig zu überprüfen und, falls erforderlich, anzupassen.
4. Eine umfassende Evaluierung des Potsdamer Baulandmodells ist nach fünf Jahren durchzuführen. Darin soll ein besonderer Schwerpunkt auf die Evaluierung der neuen Regelungen zur Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen gelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 6 Haushaltssatzung 2017

Herr Schubert schlägt vor, in der heutigen Sitzung die Haushaltsplanung 2017 für den Fachbereich Soziales und Gesundheit lediglich einzubringen und die inhaltliche Debatte in der Januar-Sitzung zu führen. Er stellt anhand einer Präsentation die Schwerpunkte vor und macht dabei deutlich, dass die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und des Pflegestärkungsgesetzes eine besondere Herausforderung bedeuten.

Herr Thomann weist darauf hin, dass das Bundesteilhabegesetz am 16.12.2016 verabschiedet wurde.

Herr Schubert bittet zu beachten, dass die Verwaltung die pflichtigen Aufgaben auch termingerecht erfüllen muss. Er verweist auf die steigenden Bedarfe aufgrund der wachsenden Stadt. Hierfür müssen auch die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter der Verwaltung entsprechend sein.

Frau Basekow verweist auf die Drucksache 16/SVV/0799 „Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2014 und Entlastung des Oberbürgermeisters“. Hier wird in der Begründung dargestellt, dass künftige Jahresabschlüsse innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist vorgelegt werden sollen. Sie bittet um Benennung der gesetzlichen Frist.

Sie weist darauf hin, dass bereits seit ca. 20 Jahren die Zustände in den Fluren des FB Soziales und Gesundheit im Haus 2 bemängelt werden, die für alle Klienten und Wartenden eine Zumutung darstellen.

Sie schlägt vor, den Finanzmittelüberschuss für die Verbesserung zu nutzen.

Herr Schubert erklärt, dass dies zum Teil bereits erfolgt. Es sollte ein Konsens gefunden werden, wie die Situation auch für die Kollegen in den Fokus gerückt wird, z.B. bei der Ausstattung und der Gestaltung des Gebäudes.

In Vorbereitung auf die inhaltliche Beratung wird die Präsentation allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Frau Schulze bittet darum, dass die Präsentation bereits Anfang Januar 2017 ausgereicht wird.

zu 6.1 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2014 und Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: 16/SVV/0799

Die inhaltliche Debatte zur Drucksache erfolgt in der Januar-Sitzung des GSI-Ausschusses.

zu 6.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 16/SVV/0801

Die inhaltliche Debatte zur Drucksache erfolgt in der Januar-Sitzung des GSI-Ausschusses.

zu 6.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2017
Vorlage: 16/SVV/0798

Die inhaltliche Debatte zur Drucksache erfolgt in der Januar-Sitzung des GSI-Ausschusses.

zu 6.4 Zukunftsprogramm 2020
Vorlage: 16/SVV/0797

Die inhaltliche Debatte zur Drucksache erfolgt in der Januar-Sitzung des GSI-Ausschusses.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Informationen der Verwaltung

Herr Schubert informiert, dass gemäß einem aktuellen Gutachten die in der **Spendensammelstelle** in der **Haeckelstraße** gelagerte Bekleidung weiter genutzt werden kann. Mit dem Betreiber des Objektes wird ein Gespräch geführt, um die Zukunft zu erörtern. Der Vermieter ist mit der Situation sehr fair umgegangen. Es soll nun der weitere Weg besprochen werden. In der Januarsitzung des GSI-Ausschusses erfolgt eine erneute Berichterstattung dazu.

Herr Schubert berichtet, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 14.12.2016 die Inbetriebnahme und den Betrieb eines **Fachberatungsdienstes**

Migrationssozialarbeit für die Landeshauptstadt Potsdam und die Stadt Brandenburg an der Havel beschlossen hat. Er dankt den Mitarbeiterinnen des Fachbereichs Soziales und Gesundheit, die das Verfahren so schnell durchgeführt haben.

Herr Schubert teilt mit, dass im Rahmen einer Freihändigen Vergabe die Zuschläge für die **Interimslösung zur Suchtberatung und Suchtprävention** für 1. Quartal 2017 vergeben wurden. AWO (Suchtberatung) und Chill out e.V. (Suchtprävention) können die Beratungsleitungen für die Zeit vom 01.01.2017 bis zum 31.03.2017 weiter durchführen.

Das Europäische Ausschreibungsverfahren läuft und soll zum 01.04.2017 abgeschlossen werden.

Herr Schubert weist darauf hin, dass der Aufruf zur Teilnahme am Trägersauswahlverfahren der Landeshauptstadt Potsdam für das **Integrationsbudget 2017** am 19.12.2016 veröffentlicht wurde.

zu 7.2 Themenplanung 2017

Allen Ausschussmitgliedern wird eine ergänzte Liste für die Themenplanung der Sitzungen 2017 als Tischvorlage ausgereicht.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich, dass in für die Juni-Sitzung 2017 der Umgang mit der Jury für Förderprojekte freiwilliger Leistungen (grundsätzliches Prozedere) aufgenommen werden soll.

Frau Biesecke regt an, die März-Sitzung 2017 im Jobcenter durchzuführen.

Frau Laabs und Herr Wellmann sprechen sich dagegen aus.

Herr Schubert weist darauf hin, dass nur in Ausnahmefällen extern getagt werden soll.

Frau Biesecke regt an, die Sitzung vor der Sommerpause und die Weihnachtssitzung an einem anderen Ort durchzuführen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Eifler weist darauf hin, dass Themenwünsche jeder Zeit bei Frau Spyra eingereicht werden können.

zu 8 Sonstiges

Nächster GSI-Ausschuss: 17. Januar 2017, 18:00 Uhr

Birgit Eifler
stellv. Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin